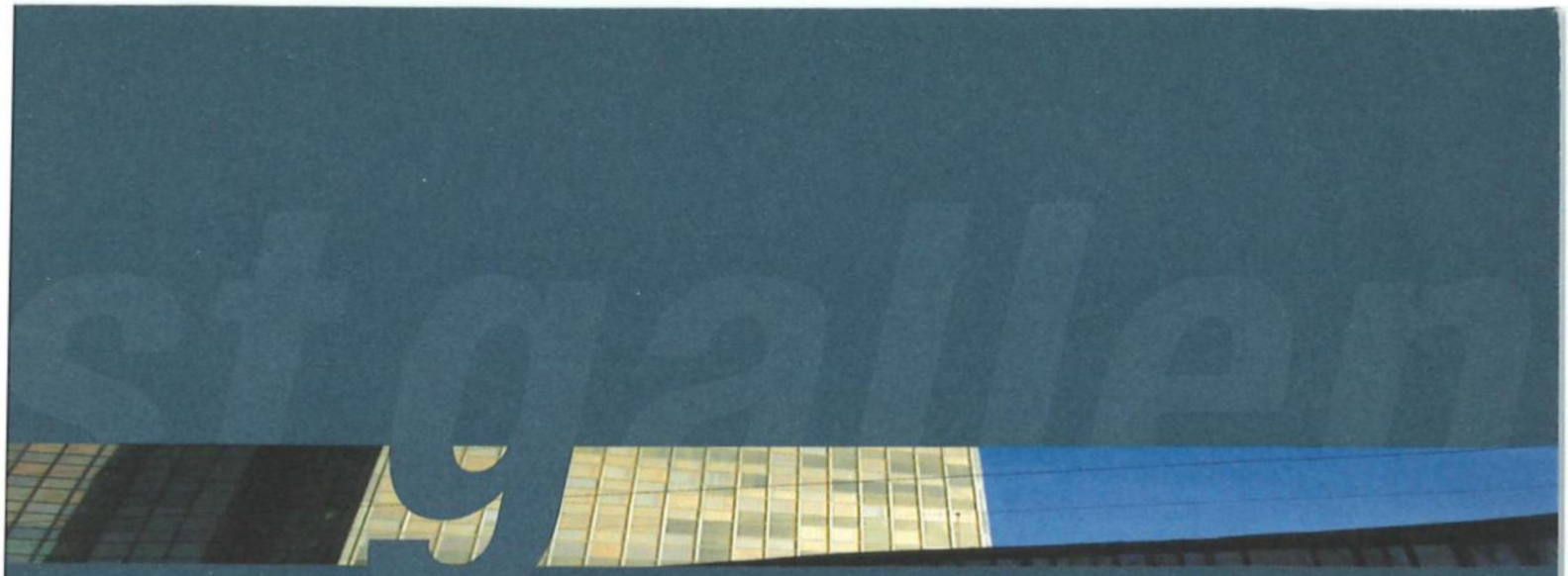


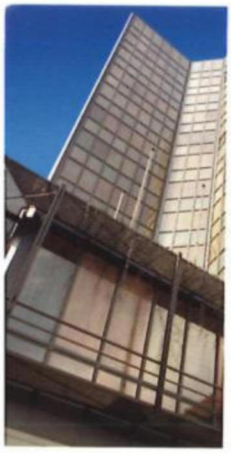
Geschäftsbericht 2001 der Stadt St. Gallen

Allgemeiner Rechenschaftsbericht
des Stadtrates über das Amtsjahr 2001

Stadt St. Gallen

Geschäftsbericht 2001 der Stadt St. Gallen

Allgemeiner Rechenschaftsbericht
des Stadtrates über das Amtsjahr 2001



Stadtrat der Stadt St.Gallen

Dr. Heinz Christen, Stadtpräsident

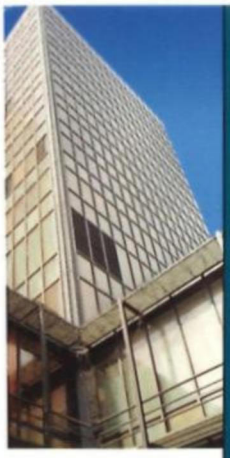
Dr. Franz Hagmann, Stadtrat, Technische Betriebe

Liana Ruckstuhl, Stadträtin, Schulverwaltung

Hubert Schlegel, Stadtrat, Polizeiverwaltung/Soziale Dienste

Elisabeth Beéry, Stadträtin, Bauverwaltung

Dr. Manfred Linke, Stadtschreiber



7 EINLEITUNG

9 1 Stadtentwicklung
11 2 Wirtschaft
13 3 Jugend und Bildung
15 4 Sport und Erholung
17 5 Kultur
18 6 Sicherheit
21 7 Sozialaufgaben
24 8 Verkehr
26 9 Versorgung
28 10 Entsorgung
29 11 Verwaltung
32 12 Finanzen
34 13 Umweltschutz
35 14 Bürgerschaft und Behörden

EINLEITUNG

Das vergangene Jahr 2001 wird als das Jahr mit den Attentaten vom 11. September in New York und von Zug am 27. September in Erinnerung bleiben. Hinzu kam die Katastrophe im Gotthard-Autobahntunnel. Den Opfern und ihren Hinterbliebenen gehört unser Mitgefühl.

Aus der Stadt St. Gallen ist glücklicherweise nicht von gewalttätigen Ereignissen zu berichten. Die kontinuierliche, auf das Wohl der ganzen Stadtbevölkerung ausgerichtete Politik konnte in einem friedlichen und wirtschaftlich gutem Umfeld weitergeführt werden. Eine lebendige Stadt wie St.Gallen ist ständig in Entwicklung. Stichworte des Jahres 2001 sind die Grossbaustellen für neuen Wohnraum z.B. im Hompeli, in der Lachen und am Vogelherd. Ein grosser Teil des neuen Zonenplanes konnte in Kraft gesetzt werden und ermöglicht die Nutzung von Siedlungsreserven. Die Abwasserreinigung ist durch die Sanierung bei laufendem Betrieb eine Grossbaustelle. Die Raiffeisengruppe baut ihren Hauptsitz St. Gallen stark aus, in Planung sind zudem ein Kongresszentrum, ein neues Fussballstadion, ein Polysportives Zentrum und eine Eissportanlage, ein A-Casino sowie die weitere Nutzung des Lagerhausareals. Die Bewerbung St. Gallens als Standort für das neue Bundesverwaltungsgericht bewegt uns über das Jahr 2001 hinaus. Der Aufbau eines geographischen Netzinformationssystems wurde ebenso beschlossen wie der Beitritt zum Tarifverbund Ostwind. Die Kantonalisierung der Berufsschulen, der Berufsberatung und der Regionalen Arbeitsvermittlung ist vollzogen worden. Der Stadtrat legte mit der Vorlage zur Ausgliederung der Sankt Galler Stadtwerke aus der Stadtverwaltung, dem Integrationskonzept, ein Finanzierungskonzept für Kinderkrippen, dem Bericht zur Modernisierung der Stadtverwaltung und dem Kulturbericht 2001 dem Grossen Gemeinderat grundlegende Berichte und Anträge vor, deren Umsetzung weit über das Jahr 2001 hinaus weist.

Stadtrat St.Gallen

Wünschen Sie Zusatzinformationen?

Bestellen Sie den Controlling-Teil, der über die Arbeit der Dienststellen berichtet und eine Fülle von Daten der letzten drei Jahre enthält. Einen separaten Teil bilden die Legislaturziele des Stadtrates für die Amtsdauer 2001 bis 2004. Neben einer Standortbestimmung finden Sie darin einen Rückblick auf die Legislatur 1997 bis 2000. Der Bericht über die Legislaturziele des Stadtrates zeigt auch auf, welche Schwerpunkte der Stadtrat in der laufenden Legislatur setzen und welche konkreten Ziele er verfolgen will.

Bestellungen an Stadtkanzlei, Rathaus, Telefon 071 224 53 25.

1 STADTENTWICKLUNG

Im Stadtinnern Lücken füllen und den Stadtrand mit Mass erweitern: Das sind zwei Ziele in der Stadtentwicklung. In den Quartieren werden jedes Jahr zahlreiche alte Bauten erneuert oder ersetzt; am Stadtrand neue Wohnmöglichkeiten geschaffen. Vier Grossprojekte sind derzeit in der Innenstadt geplant oder im Bau.

Stadtentwicklung basiert auf komplexen Zusammenhängen, die oft von aussen beeinflusst sind. Zu den Handlungsmöglichkeiten der Gemeinde gehören der Einsatz des planungsrechtlichen Instrumentariums.

Das sind der Richtplan als zukunftsweisende Orientierung, der Zonen- und Nutzungsplan als rechtliche Festlegung und der Überbauungs- und Gestaltungsplan als bedarfs- und projektgerechte Konkretisierung.

Im Jahr 2001 wurde die Ausarbeitung der kommunalen Richtplanung auf neuen Grundlagen und mit heutigen Zielsetzungen in Angriff genommen, unter anderem auch auf Grund von mehreren politischen Vorstössen im Grossen Gemeinderat. Die für die weitere Stadtentwicklung besonders bedeutsamen Richtplanungsbereiche Siedlung, Verkehr und Landschaft sollen koordiniert bearbeitet und optimal für die Behörden als künftige Entscheidungsgrundlagen aufgearbeitet werden.

Das wichtigste politische Steuerungsinstrument ist der Zonenplan. Nach einer mehr als 10-jährigen politischen und rechtlichen Ausarbeitungs- und Beschlussphase ist seit dem 1. Dezember 2001 der überwiegende Teil der neuen Zonenplaneinteilungen in Kraft. Mit Blick auf die Stadtentwicklung strebt die Zonenplanrevision vor allem zwei Ziele an:

- Das Füllen von Baulücken im Stadtinnern und die Erweiterung mit Mass am Stadtrand.
- Parallel zur Zonenplanrevision sind auch im letzten Jahr grosse Projekte für Wohnen und Arbeiten im überbauten Stadtgebiet und in den Baulandreserven in den Aussenquartieren vorbereitet und teilweise realisiert worden.

Grossprojekte in der Innenstadt

Vier Grossprojekte in der Innenstadt sind derzeit in der konkreten Planungsphase oder im Bau, die für den Standort St. Gallen, das Arbeitsplatzangebot und die wirtschaftliche Stadtentwicklung von besonderer Bedeutung sind:

- Der Schweizerische Verband der Raiffeisenbanken baut in mehreren Etappen seinen schweizerischen Zentralsitz in St. Gallen aus. Er wird rund 1 200 Arbeitsplätze im Gebiet der westlichen Innenstadt anbieten. Im Jahre 2001 konnten die Planungsarbeiten für das Gebiet Bleicheli Süd als dritte und vorläufig letzte Etappe abgeschlossen werden.
- Die Winterthur Versicherungen haben die ehemaligen EMPA-Bauten an der Teufener Strasse / Unterstrasse saniert und mit einem Neubau ergänzt. Das Grossprojekt ist im Berichtsjahr realisiert und abgeschlossen worden.
- Nach der Zustimmung der Bürgerschaft zum Verkauf der städtischen Liegenschaften ist die Vorbereitung des neuen Kongresshauses beim Hotel Einstein vorangetrieben worden. Die Ergebnisse der Studienaufträge liegen vor, der Überbauungsplan befindet sich in Vorbereitung.
- Das grosse Areal der Lagerhäuser kann baulich abgeschlossen werden. Das alte Lagerhaus wird von der Stadt saniert und für vielfältigste Nutzungen weitergeführt. Mit einem repräsentativen Kopfbau zur Geltenwilenstrasse und mit einem Zwischenbau zwischen dem alten Lagerhaus und dem Polizeigebäude im östlichen Teil werden neue Geschäftshäuser durch private Investoren erstellt.

Wochenmarkt, Flohmarkt, Bauernmarkt, Jahrmarkt – sie gehören zum Stadtbild und sind Begegnungsorte mit speziellem Flair.

Attraktives Wohnen am Stadtrand...

Durch ein ausreichendes Angebot an attraktiven Wohnmöglichkeiten muss die Stadt gegenüber der Agglomeration konkurrenzfähig bleiben. Der neue Zonenplan schafft an verschiedenen Standorten mit Einzonungen für die mittelfristige Entwicklung neue Grundlagen. Grosse neue Wohnprojekte entstehen auch in bestehenden Baulandreserven:

- In der Remishueb auf stadteigenem Boden eine Siedlung im Wohneigentum
- Im Gebiet Vogelherd eine Wohnüberbauung mit Stockwerkeigentum und Mietwohnungen
- Im Gebiet Achslen die Wohnsiedlung «Achslenpark»
- In Winkeln die Weiterführung der Überbauung Winkeln-Süd mit Mehrfamilienhäusern

...und in den bestehenden Quartieren

In den bestehenden Stadtquartieren werden jedes Jahr zahlreiche Neubauten als Ersatz für alte Bauten oder in Baulücken erstellt. Auf dem ehemaligen PTT-Gelände im Gebiet Lachen-Vonwil haben private Investoren und die städtische Versicherungskasse auf der Grundlage eines Gestaltungsplanes eine Grossüberbauung erstellt, die attraktive Wohnformen in einem innerstädtischen Gebiet anbietet. Dieses Projekt soll auch zur besseren Durchmischung, zur Belebung und zur Förderung der Integration in diesem Stadtquartier beitragen, das – wie auch andere innerstädtische Quartiere – von den sozialen Problemen unserer Zeit betroffen ist. Bauliche Projekte sind eine Massnahme, zusätzliche Initiativen sollen quartierbezogen die Wohn- und Lebensqualität fördern. Mit der «Zukunftswerkstatt Lachen» wurden erfreuliche Ergebnisse erzielt. Zahlreiche Bewohnerinnen und Bewohner beteiligten sich aktiv an der Ideen- und Lösungssuche für aktuelle Quartieranliegen. Ein pragmatischer Lösungsansatz für Quartieranliegen wird im Linsenbühl mit themenbezogenen Arbeitsgruppen praktiziert.

Wohnbevölkerung Stadt St.Gallen 1997 bis 2001

Einwohnerbestand am 31.12.		2001	2000	1999	1998	1997
Schweizer/-innen		50 860	51 046	51 174	51 324	52 009
Ausländer/-innen		19 159	18 728	18 624	18 423	18 230
Gesamtbevölkerung	(zivilrechtlicher Wohnsitz)	70 019	69 774	69 798	69 747	70 239
Gesamtbevölkerung	(wirtschaftlicher Wohnsitz)	74 285	74 020	74 095	74 114	74 497

Zuwachs an Wohnungen (Statistisches Jahrbuch 2001, S.61)

2001	2000	1999	1998	1997	1996	1995	1994
79	160	105	184	366	262	294	278

Saldo der Wanderungsbewegungen (Statistisches Jahrbuch 2001, S.32)

2001	2000	1999	1998	1997	1996	1995	1994
+ 246	+ 96	+ 87	- 434	- 692	- 575	- 133	- 159

2 WIRTSCHAFT

Die Wirtschaftsförderung steht im Zeichen des Umbruchs. Die Dienststelle, die zusätzlich auch für das Wohnortmarketing zuständig ist, richtet sich neu aus. Das Ziel sind Synergien, da es in beiden Aufgaben um Standortwahl und Standortattraktivität geht.

Die personellen, organisatorischen und inhaltlichen Weichen für eine Neuausrichtung der städtischen Wirtschaftsförderung sind gestellt. Die Leitung der Stabsstelle ist seit Mitte August 2001 wieder besetzt, die Stelle um das Wohnortmarketing ergänzt, die Bereiche Planungskoordination und Sekretariat der Regionalplanungsgruppe neu bei der Stadtplanung angesiedelt. Inhaltlich wurden die Vorarbeiten für die künftige Ausrichtung der Dienststelle abgeschlossen.

Durch die Zusammenfassung von Wirtschaftsförderung und Wohnortmarketing sind Synergien zu erwarten, da es in beiden Aufgaben um Standortwahl und Standortattraktivität geht, wenn auch zum Teil mit unterschiedlichen Interessen und Zielsetzungen. Im Rahmen der Standortentwicklung setzt sich daher die Dienststelle für optimale Rahmenbedingungen, aber auch für ein vorteilhaftes Neben- und Miteinander von Arbeiten und Wohnen ein. Diese Querschnittsaufgabe nimmt sie nicht nur in enger Kooperation mit verwaltungsinternen und -externen Stellen wie der Stadtplanung, der Baupolizei, dem Liegenschaftenamt und der kantonalen Wirtschaftsförderung wahr, sondern auch mit interessierten Kreisen aus der Wirtschaft.

Betriebszählungen 1985 1991 1995 1998

Voll- und Teilzeitbeschäftigte in der Stadt St.Gallen	1998**	1995*	1991**	1985 *
1. Sektor / Landwirtschaft	256	256	474	474
2. Sektor / Produktion	12 585	13 351	15 764	16 062
3. Sektor / Dienstleistung	42 702	43 190	43 290	37 424
2. & 3. Sektor	55 287	56 541	59 054	53 486
1.-3. Sektor	55 543	56 797	59 528	53 960

* Vollerhebungen inkl. 1. Sektor, ** Minibetriebszählungen ohne 1. Sektor, Übernahme des 1. Sektor aus letzter Zählung

Entwicklung der Arbeitslosigkeit 1997 bis 2001

	2001	2000	1999	1998	1997
Anzahl Personen	677	823	1 172	1 570	2 063
Quote	1.7 %	2.1 %	3.0 %	4.0 %	5.3 %

Bilanz der im Handelsregister eingetragenen Betriebe in St.Gallen 1990 bis 2001

Jahr	Zuwachs	Abgänge	SALDO in CHF
1990	169	139	+ 30
1991	284	190	+ 94
1992	227	255	– 28
1993	309	244	+ 65
1994	333	275	+ 58
1995	331	220	+ 111
1996	330	235	+ 95
1997	386	269	+ 117
1998	366	309	+ 57
1999	393	335	+ 58
2000	433	274	+ 159
2001	435	328	+ 107

Nicht enthalten sind:
- Betriebe mit weniger als CHF 50 000.– Roheinnahmen, deren Eintrag ins Handelsregister fakultativ ist
- Neue Filialbetriebe ohne eigene Buchhaltung
- Betriebserweiterungen und innerstädtische Verlegungen

Die städtischen Schulen beschäftigen sich intensiv mit der Qualitätssicherung. Die neue Kleinklasse «Kajak» bietet Schülerinnen und Schülern eine Chance, die dringend eine schulische Auszeit benötigen.

In den Schulen der Stadt St.Gallen wird zurzeit das Peer-Review-System für Qualitätsentwicklung angewendet. Es zielt auf eine ganzheitliche, schulische Standortbestimmung, die einem strengen Ablaufschema folgt. Themenbereiche, Zeitplan und Technik sind vorgegeben.

In den Evaluationsprozess selbst werden Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Eltern und Behördenmitglieder einbezogen. Neben einem Portfolio und einem Stärke-/Schwäche-Profil der Schule sind Unterrichtsbeobachtungen und Interviews die Grundlage der Überprüfung. An einer Rückmeldeveranstaltung wird die Schule mit den Ergebnissen konfrontiert.

Diese Form der Standortbestimmung leistet zweierlei:

- **Sie vermittelt der Schule wertvolle Hinweise zur weiteren Schulentwicklung.**
- **Die Schulleitungen profitieren von den Beobachtungen und den Konzepten der anderen Schulen.**

Es ist vorgesehen, alle Schulen in den kommenden zwei bis drei Jahren zu evaluieren, um bei erfolgreichem Verlauf dieser Art der Qualitätssicherung die Peer-Reviews zu einem festen Bestandteil der Qualitätsentwicklung zu machen.

«Kajak» – Schulische Auszeit

Der Bericht der kantonalen Arbeitsgruppe «Interkulturelle Zusammenarbeit» gab den Anstoss für die Kleinklasse «Kajak». Der Schulrat und die Pädagogische Konferenz entschieden sich, das Angebot für Schülerinnen und Schüler zu schaffen, die dringend eine schulische Auszeit benötigen, für die aber ein Schulausschluss nicht angezeigt ist. Die Schülerinnen und Schüler erhalten eine Chance zur Besinnung und Neuausrichtung.

Ins «Kajak» zugewiesene Schülerinnen und Schüler bleiben dort zwölf Wochen. Sie arbeiten während drei Tagen an einem Praktikumsplatz und erhalten während zweier Tage Einzel- bzw. Kleingruppenunterricht.

In der praktischen Arbeit erfahren sie, welche Anforderungen bezüglich Leistung und Disziplin in einem Gewerbe- oder Industriebetrieb gestellt werden. Der schulische Unterricht soll sicherstellen, dass nach der Auszeit eine Rückkehr in die Stammklasse möglich bleibt. Seit Beginn des «Kajak» im Schuljahr 2001/2002 variiert der Klassenbestand zwischen einem und sechs Jugendlichen.

«Virtuelle Gemeinschaft»

Eine wesentliche Führungsaufgabe im komplexen Schulsystem bildet die Kommunikation mit den verschiedenen Anspruchsgruppen wie Schulrat, den einzelnen Schulen, den Gesundheitsdiensten und der zentralen Verwaltung. Dazu fehlte bisher ein geeignetes Kommunikationsmittel. Mit dem Einsatz spezieller Software, einer «virtuellen Gemeinschaft», konnte diese Lücke geschlossen werden. Markante Verbesserungen in der Aufgabenerfüllung sind feststellbar.

Die «virtuelle Gemeinschaft» ist ein Informations- und Kommunikationswerkzeug, das den Beteiligten die Möglichkeit gibt, zeitgleich Neuigkeiten auszutauschen und Diskussionsbeiträge einzubringen. Dadurch kann eine nahtlose Zusammenarbeit zwischen örtlich getrennten Teilnehmenden erreicht werden.

Im Frühjar und Herbst verwandelt sich der Spelteriniplatz zum Jahrmarkt mit Chilbibahnen.

Literatur, Pop und Poetry – alles geslamt

Der Jugendkulturraum «flon» wird zum Zentrum für Poetry slams in der Ostschweiz! Diese Ansicht bestätigen verschiedene erfolgreich durchgeführte Veranstaltungen. Poetry slam vereinigt meist junge Literaten, die Literatur zu den Leuten und nicht zu den Kritikern bringen wollen. Das Publikum ist deshalb wichtiger Teil eines Slams. Es sitzt nicht andächtig auf Stühlen wie bei herkömmlichen Lesungen, sondern steht wie bei einem Popkonzert vor der Bühne. Kommentare aus dem Publikum sind willkommen. Es wird lautstark kritisiert, aber vor allem applaudiert. Der Respekt vor dem Vorgetragenen steht immer an erster Stelle. Poetry slam zeigt so Züge eines eigentlichen literarischen Wettkampfes.

Mit Poetry slams ist es dem «flon» gelungen, einen Kontrapunkt in der städtischen Literaturszene zu setzen und die Jugendkultur in der Stadt St. Gallen breiter bekannt zu machen. Gleichzeitig konnten mit den Poetry slams junge, an Sprache und Literatur interessierte Leute auch für klassische Lesungen sensibilisiert und gewonnen werden.

Berufsschule und Berufsberatung

Mit dem Verkauf und der Vermietung der bisherigen Schulliegenschaften der Gewerblichen Berufschule an den Kanton setzte die Stadt faktisch den Schlussstrich unter die bisherige Trägerschaft für die Gewerbliche Berufschule und die Berufsberatung in der Stadt St. Gallen. Damit ging eine lange, erfolgreiche Verbindung der Stadt mit der Berufsbildung zu Ende.

Die Gewerbliche Berufsschule ist heute eines der grössten Berufsbildungszentren der Schweiz mit beinahe 4 300 Jugendlichen im Pflichtunterricht und rund 1 000 Schülerinnen und Schülern in den Freiwilligen Angeboten.

Die Dienstleistungen der Berufsberatung sind vielfältig und reichen von diagnostischen Abklärungen über Standortbestimmungskurse bis zu telefonischen Auskünften, Internetrecherchen und Stellenvermittlungen für Lehrstellen.

Wenn auch nach der Kantonalisierung diese Dienstleistungen im bisherigen Umfang erhalten werden sollen und für die Bevölkerung der Stadt und des Bezirks St. Gallen an den heutigen Standorten Teufenerstrasse 1 (BIZ Berufsinformationszentrum und Beratungsdienste) und Katharinengasse 16 (Lehrstellenbörse) weiter angeboten werden, geht mehr als nur eine 80-jährige Geschichte der Berufsberatung unter der Schirmherrschaft der Stadt zu Ende. Die Stadt verliert die direkte Einflussnahme auf die Entwicklung der Berufsberatung.

Volksschule

	2001	2000	1999	1998
Anzahl Schülerinnen und Schüler	7 254	7 324	7 315	7 460
Anzahl Klassen	388	387.7	381.3	388.3
Anzahl volle Pensen	566.6	568.7	561.9	558.7

Familienergänzende Betreuung

	2001	2000	1999	1998
Anzahl Schülerinnen und Schüler	170	174	176	165
Anzahl volle Pensen	21.28	19.9	20.28	19.05

Gewerbliche Berufsschule

	2001	2000	1999	1998
Anzahl Schülerinnen und Schüler	6 652	6 633	6 653	6 511
Anzahl Klassen (ohne Freifächer)	340	326	305	286
Anzahl volle Pensen	186.6	184.2	184.4	179.3

4 SPORT UND ERHOLUNG

Beim Mannenweier ist in lauen Sommernächten wieder mehr Ruhe eingekehrt. Patrouillen und Informationstafeln haben dafür gesorgt, dass die Lärmbelästigung geringer, die herumliegende Abfallmenge kleiner geworden ist. Auf dem Gründenmoos finden die beleuchteten Kunstrasenfelder bei den Fussballern grossen Anklang.

In den vergangenen Jahren haben die Besucherströme beim Mannenweier und auf der Spielwiese «Möslengut» immer wieder zu negativen Auswirkungen geführt. In lauen Nächten vor und während dem Badebetrieb vergnügen sich auf dem Areal bis zu 250 Personen. Die Folge: grosse Abfallmengen und Lärmbelästigung der Nachbarn. Der Stadtrat hat darauf reagiert und ein Konzept zur Verbesserung der Situation beschlossen, dem zwei Leitgedanken zugrunde liegen. Einerseits ist die Nutzung des Badeareals durch verschiedenste Gruppen zur Erholung, für Sport und Spiel, für soziale Kontakte und friedliches Beisammensein erwünscht. Die Nutzung hat jedoch mit dem gebotenen Respekt vor Mensch und Umwelt zu erfolgen. Andererseits sollen die Massnahmen verhältnismässig sein und die Hauptprobleme Abfall, Lärm und Hunde/Hundekot angehen. Kernpunkte der beschlossenen Massnahmen sind der Einsatz einer Securitas-Patrouille an den kritischen Tagen, eine umfassende Information der Öffentlichkeit, eine klare Signalisation der Verhaltensregeln und eine gute Koordination zwischen den Beteiligten.

Eine erste Einschätzung der Ergebnisse fällt überwiegend positiv aus. Die herumliegende Abfallmenge verringerte sich deutlich, der nächtliche Lärm ging spürbar zurück und das Hundeverbot auf dem Badareal konnte nach anfänglichen Schwierigkeiten durchgesetzt werden. Die Öffentlichkeit reagierte positiv, insbesondere die Anwohnerinnen und Anwohner, aber auch die Jugendlichen zeigten mehrheitlich Verständnis für die aufgestellten Regeln. Einzelne Gruppen dagegen meiden seitdem die Weiern.

Gründenmoos; Inbetriebnahme der beleuchteten Kunstrasenfelder

Die neuen, beleuchteten Kunstrasenfelder im Gründenmoos haben die Betriebssituation in der Ganzjahressportart Fussball vor allem in den Wintermonaten November bis März erheblich verbessert. Im Februar und März haben werktags täglich mindestens 150 Fussballerinnen und Fussballer aus dem Spitzen-, Leistungs- und Breitensportbereich die neuen Trainingsmöglichkeiten genutzt. Auch sind an den Wochenenden über einhundert Vorbereitungsspiele zur Austragung gelangt.

Während der Meisterschaftsphase von April bis Oktober ist die Nutzungsdichte an Wochenenden weiter markant gestiegen. Die Kunstrasenfelder werden von Teams genutzt, die aus Witterungs- oder Belegungsgründen auf ihren eigenen Anlagen nicht in der gewünschten Intensität spielen können. An Wochenenden wird bei schlechten Witterungsverhältnissen sogar ein Teil der Meisterschaftsspiele auf den Kunstrasenfeldern absolviert. Die täglichen Belegungen zeigen deutlich, dass die Jahresnutzung eines Kunstrasenspielfeldes jene eines Rasenspielfeldes um ein Vielfaches übertrifft.

Gründenmoos

Der CSIO 2001 konnte erfolgreich auf dem Gründenmoos durchgeführt werden. St. Gallen präsentierte sich für eine Woche als Zentrum des internationalen Reitsportes. Vor dem Anlass stand einmal mehr die Bodenbeschaffenheit im Zentrum der Diskussion. Der Veranstalter brachte ohne Rücksprache mit den zuständigen Stellen zusätzlich mehr als 200 Tonnen Lavasand auf dem Reitplatz Gründenmoos ein. Diese Aktion ermöglichte nach Aussagen des Veranstalters sehr gute Verhältnisse für den Reitanlass, zeigte aber in der Folge erhebliche negative Auswirkungen für alle übrigen Nutzer.

Polysportives Zentrum Ostschweiz PZO

Auf die Ausschreibung eines Projektwettbewerbs für ein Polysportives Zentrum auf dem Gelände der ehemaligen Olma-Halle 14 gingen 59 Projekte ein. Die Wettbewerbsjury entschied sich für die Arbeit des Architekturbüros Andy Senn, St. Gallen, mit dem Projekt «Les halles». Das Siegerprojekt zeigt eine Sportanlage, die in vier Sektoren unterteilbar ist und über kleinere Trainingsräume, Krafträume und Unterkünfte für Trainingslager verfügt. Zentrale Nutzer sind die Schulen und die Leichtathletik. Die Anlage eröffnet aber auch anderen Sportarten wie Handball, Tennis, Volleyball und Badminton neue Perspektiven. Um das Wettbewerbsprojekt zur Projektreife bringen zu können, muss vorgängig die Finanzierung geklärt werden.

Weitere Sportprojekte

In der Planung sind ein Fussballstadion West, der Sportplatz Krontal sowie eine Eissportanlage im Lerchenfeld.

Vergleich Belegungen Gründenmoos durch städtische Vereine vor und nach der Erstellung der Kunstrasenspielfelder:

Gewerbliche Berufsschule

	2001	2000
Anzahl Spiele Februar und März	110	6
Anzahl Benützer/-innen für Trainingszwecke im Februar	3 200	100
Anzahl Benützer/-innen für Trainingszwecke im März und November	4 800	1 000
Anzahl Benützer/-innen für Trainingszwecke im April bis Oktober	26 000	19 500

5 KULTUR

Seit 1985 hat sich im kulturellen Bereich viel verändert. Zu den grossen Kulturinstitutionen sind kleinere gestossen, eine freie Kulturszene hat sich entwickelt. Konzeptionelle Grundlagen sollen der Kulturpolitik eine Orientierungshilfe geben.

Im Herbst 2001 legte der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat den Kulturbericht 2001 vor, der die Entwicklung seit 1985 darstellt. Die parlamentarische Behandlung konnte im Berichtsjahr noch nicht stattfinden. Die im kulturellen Bereich der Stadt St. Gallen eingetretenen Veränderungen sind bedeutend. Die traditionellen Kulturinstitutionen Konzert und Theater St. Gallen, Stiftung St. Galler Museen wurden durch zahlreiche kleinere, sich vor allem dem zeitgenössischen Kulturschaffen widmende Einrichtungen ergänzt. Darum herum ist eine freie Kulturszene von beachtlicher Lebendigkeit und Vielfalt entstanden. Zwar hat in den letzten Jahren eine Öffnung des Kulturlebens stattgefunden, doch kommen nach wie vor breite Bevölkerungsschichten - meist gerade die schlecht integrierten - kaum in den Genuss kultureller Werke, so dass weitere Anstrengungen in der Kulturvermittlung und in der Kulturpädagogik erforderlich sein werden. Allerdings zwingt die finanzielle Situation zur Zurückhaltung bei der Übernahme neuer Aufgaben. Erste Priorität kommt dabei der finanziellen Absicherung jener vor allem in den 80er Jahren entstandenen Kulturinstitutionen zu, die mit grossem Idealismus geschaffen wurden. Lücken bestehen ausserdem im Bereich der Infrastrukturen (Ergänzungsbau Kunstmuseum, Musikproberäume, Neunutzung Kirchhoferhaus, Raumangebot Freihandbibliothek, Raum für Theater und Tanz, Ausstellungsmöglichkeiten für förderungswürdige regionale Kunstschaffende).

Um für das kulturpolitische Handeln der nächsten Jahre eine Orientierungshilfe zu bekommen, ist die städtische Kulturpolitik auf konzeptionelle Grundlagen gestellt worden, die nicht starr sein dürfen, sondern auf zwölf allgemein gehaltene Grundsätze beschränkt werden, die um konkretere Zielsetzungen für den Zeitraum von fünf bis acht Jahren ergänzt werden.

Der Wochenmarkt auf dem Marktplatz ist vor allem im Sommer ein beliebter Treffpunkt.

6 SICHERHEIT

Die Sicherheit in der Stadt trägt zum Wohlbefinden der Bevölkerung bei. Die Stadtpolizei hat deshalb eine neue Fachstelle für Prävention geschaffen, die Massnahmen entwickelt. Die Berufsfeuerwehr hat im vergangenen Jahr über 900 Einsätze geleistet.

Das Wohlbefinden der Bevölkerung hängt wesentlich von der subjektiv empfundenen Sicherheit ab. Diese Lebensqualität soll in der Stadt St. Gallen gewährleistet bleiben. Die Stadtpolizei strebt deshalb eine stärkere Zusammenarbeit mit den verschiedensten Stellen an. Sie hat zu diesem Zweck eine Fachstelle Prävention geschaffen, in der Informationen aus der Bevölkerung, von Betrieben und Geschäften, Schulen und Vereinen gesammelt und ausgewertet werden. Aus den Erkenntnissen leitet die Stadtpolizei Massnahmen ab, mit denen sicherheitsbeeinträchtigenden Situationen am wirkungsvollsten begegnet werden kann. Dies können vermehrte Polizeipatrouillen in den Quartieren, Personenkontrollen in der ganzen Stadt oder die Aufklärungsarbeit über Drogen und Gewalt auch an den Schulen sein.

Einen Teil der präventiven polizeilichen Arbeit bilden die Informationen und Hinweise an die Bevölkerung. Wichtig ist deshalb auch die Zusammenarbeit zwischen den Quartiervereinen und den Kontaktbeamten der Stadtpolizei. «Hallo Nachbar» lautet das Thema für die gemeinschaftliche Präventionsarbeit mit der Bevölkerung in den nächsten Jahren.

Förderung der psychosozialen Kompetenz

Immer mehr gefordert ist die psychosoziale Kompetenz der Polizeibeamtinnen und -beamten. Um den Polizeiberuf erfolgreich ausüben zu können, bedarf es vermehrter Angebote der Weiterbildung, welche auf die Berufsrealität des Einzelnen angepasst sind. Solche Kurse sollen mithelfen, den Kontakt mit der Bevölkerung, die Teamfähigkeit und die Arbeitszufriedenheit positiv zu beeinflussen. Unter Mitwirkung einer externen psychosozialen Fachberatung wurde dazu ein spezifisches «St. Galler Modell» entwickelt.

Themen wie das Überbringen von Hiobsbotschaften, der Umgang mit Aggression und Gewalt, Psychohygiene, Burnout, Umgang mit Stress bilden Schwerpunkte der Weiterbildung.

Im St. Galler Modell besteht für die Mitarbeitenden auch die Möglichkeit, eine externe Beratung in belastenden Situationen in Anspruch zu nehmen. Interessierte und geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden darin ausgebildet, ihre Kolleginnen und Kollegen in der ersten Phase der Nachbearbeitung von ausserordenlichen Ereignissen betreuen zu können.

Dieses Ausbildungskonzept der Stadtpolizei stösst auf grosses Interesse beim Schweizerischen Polizeiinstitut und wurde bereits von verschiedenen Korps des Ostschweizer Polizeikonkordates übernommen.

Aufschaltung der städtischen Feuerwehr auf die kantonale Alarmzentrale

In Brandfällen und anderen Notsituationen entscheiden Minuten über Erfolg oder Misserfolg, über Leben oder Tod. Eine rasche Alarmierung ist deshalb Voraussetzung für einen erfolgversprechenden Einsatz. Die Berufsfeuerwehr St. Gallen (BFSG) hat der Alarmierung seit jeher einen grossen Stellenwert beigemessen. 1990 wurde eine Alarmzentrale für die Regionsgemeinden aufgebaut.

Auf Veranlassung des Amtes für Feuerschutz wird nun die Feuerwehr St. Gallen ins kantonale Konzept eingebunden und ab 2002 durch die Kantonale Notrufzentrale aufgeboten. Diverse technische und bauliche Anpassungen bewirken, dass die BFSG weiterhin rasch alarmiert wird. Für die Bevölkerung ergibt sich durch das neue Alarmierungssystem keine Änderung. Für Brand- und andere Feuerwehralarme gilt weiterhin die Telefonnummer 118.

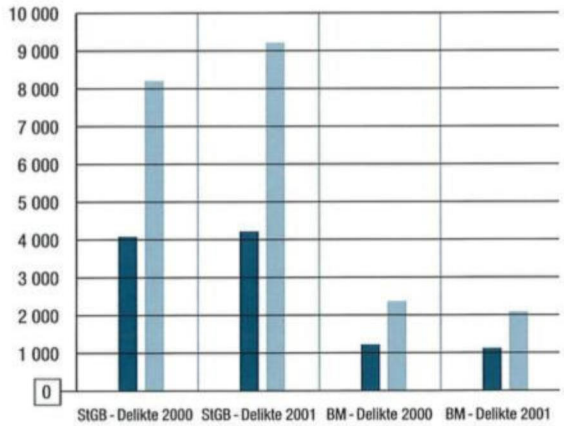
Dienstleistungszentrum Feuerwehr

Die Berufsfeuerwehr leistet über 900 Einsätze pro Jahr. Zwischen diesen Einsätzen und der Zeit, die für die Aus- und Weiterbildung eingesetzt ist, bleibt Arbeitskapazität vorhanden, die es der Berufsfeuerwehr St. Gallen ermöglicht, verschiedenste Dienste für Dritte, insbesondere für die Feuerwehren im Kanton, zu erbringen. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die gemeinsame Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen, die im Auftrag des Amtes für Feuerschutz getätigt werden. Dazu kommen Reparatur- und Unterhaltsarbeiten an Feuerwehrmaterial. Selbstverständlich dürfen die für das Dienstleistungszentrum geleisteten Arbeiten die Einsatzbereitschaft nicht mindern.

Da die Anwesenheit der Mannschaft Voraussetzung für die Einsatzbereitschaft einer Berufsfeuerwehr ist, verursachen die fixen Lohnkosten den weitaus grössten Teil der Aufwendungen. Die Erträge des Dienstleistungszentrums erbringen einen willkommenen Deckungsbeitrag an die Lohnkosten. Die Rechnung der Feuerwehr ist derzeit von zwei gegenläufigen Tendenzen geprägt: Während die Erträge der Feuerwehrabgabe seit 1995 von CHF 4.5 Mio auf CHF 4.1 Mio geschrumpft sind, stiegen die Personalkosten aufgrund der Teuerung an. Dies hatte zur Folge, dass sich auch der Aufwandüberschuss der Feuerwehr vergrösserte. Die Erträge aus dem Dienstleistungszentrum vermögen diese Entwicklung leicht zu entschärfen; bei gleichen Rahmenbedingungen zeichnet sich jedoch eine Anpassung der Feuerwehrabgabe ab.

Delinquenzvergleich Stadt Kanton

	Stadt St. Gallen	Kanton SG
StGB - Delikte 2000	4 025	8 285
StGB - Delikte 2001	4 333	9 328
BM - Delikte 2000	1 289	2 457
BM - Delikte 2001	1 181	2 120



StGB = Strafgesetzbuch, BM = Betäubungsmittel

Verkehrsunfälle in der Stadt

Unfallarten	2001	2000
Mit Personenschaden	182	188
Nur mit Sachschaden	766	500
Nichtgenügen der Meldepflicht	229	220

Unfälle mit Personenschäden

	2001	2000
Leicht verletzte Personen	190	191
Schwer verletzte Personen	32	20
Tödlich verletzte Personen	1	4

Zusammengehen Zivilschutzamt/Feuerwehr

Seit Oktober 1999 stehen Feuerwehr und Zivilschutz unter einer gemeinsamen Leitung. Ziel ist es, ein System zum Schutz der Bevölkerung zu schaffen, das jederzeit über geeignete Einsatzmittel zur Bewältigung kleiner und grosser Ereignisse verfügt. Auf administrativer Ebene wurden das Rechnungswesen und die Personaladministration soweit möglich zusammengefasst. Eine Zusammenlegung der beiden Rechnungskreise kommt derzeit allerdings nicht in Frage, weil für die Feuerwehr von Gesetzes wegen eine eigene, geschlossene Rechnung zu führen ist. Die Anpassung der Einsatzkräfte aus dem Zivilschutz an die heutigen Erfordernisse, insbesondere zur Bewältigung von Katastrophenereignissen, wurde auch im abgelaufenen Jahr fortgesetzt.

Nettoeinnahmen aus Arbeiten Dritter

	2001	2000
Alarmstellenbetreuung	19 928	24 087
Arbeiten für andere Feuerwehren	92 300	81 282
Diverse Schulungen	54 053	46 057
Regionale Aufgaben	46 796	45 210
Chemiewehrstützpunkt-Entschädig.	103 647	117 068
A1-Stützpunkt-Entschädigung	87 458	83 933
Verrechenbare Einsätze	96 368	161 033
Dienstleistungszentrum	261 622	148 131
Diverse Arbeiten für die Stadt	51 420	55 203

7 SOZIALAUFGABEN

Die Stadt St. Gallen subventioniert die privaten Krippenplätze nach neuen Kriterien. Damit werden Eltern mit schwachen Einkommen entlastet. Für Krippenplätze auswärtiger Eltern entrichtet die Stadt weniger Subventionen.

Seit 2000 subventioniert die Stadt St. Gallen rund 230 private Krippenplätze. Die Kinderkrippen wurden dabei nach uneinheitlichen Kriterien unterstützt. Die Höhe der städtischen Beiträge bemass sich an der Anzahl angebotener Krippenplätze und am zu erwartenden Defizit. Diese Berechnungsgrundlage wird durch ein neues Subventionierungssystem, das vom Grossen Gemeinderat am 30. Oktober 2001 genehmigt wurde, ersetzt. Das neue Subventionierungsmodell tritt per 1. Januar 2002 in Kraft, enthält eine Objekt- und Subjektfinanzierung und wird durch eine einkommensabhängige Tarifstruktur ergänzt. Die Objektfinanzierung richtet sich dabei nach der effektiv genutzten Anzahl Krippenplätze, abzüglich Krippenplätze für auswärtige Eltern und für Firmen. Damit werden Krippenplätze auswärtiger Eltern weniger subventioniert. Die Subjektfinanzierung hat zum Zweck, Mindereinnahmen aus unterdurchschnittlichen Elternbeiträgen der Kinderkrippen abzugelten. Bei Einnahmen aus Elternbeiträgen in vornehmlich einkommensschwachen Situationen steigt somit der Anteil der subjektbezogenen Subventionierung. Bei Einnahmen aus Elternbeiträgen in einkommensstarken Situationen sinkt sie oder fällt ganz weg. Mit den bisher subventionierten Kinderkrippen wird eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen.

2001 UNO-Jahr der Freiwilligenarbeit

Das Jahr 2001 wurde von der UNO zum Internationalen Jahr der Freiwilligen erklärt. Dadurch wird anerkannt, dass Freiwillige weltweit wesentliche Beiträge zur Sicherung der sozialen Versorgung sowie zur Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage ihrer Mitmenschen leisten. Einerseits wurde von der Verwaltung der Sozialen Dienste ein «Dankes-Anlass» für ihre Partnerinnen und Partner im Sozialbereich organisiert, die sich ehrenamtlich engagieren und Freiwilligenarbeit leisten. Andererseits wurde mit einer Plakataktion auf den grossen gesellschaftlichen Wert der freiwillig geleisteten Arbeit aufmerksam gemacht. Im Vormundschaftsamt wurden Ende Jahr 496 Mandate durch private Betreuungspersonen geführt. Ohne diese Freiwilligen, die diese Arbeit ohne oder nur für wenig Entgelt machen, wäre das heutige System im Vormundschaftswesen undenkbar.

Die Statistik (siehe Seite 23) zeigt, dass sich die Zahl der freiwillig geführten Mandate gegenüber dem Vorjahr verringert hat. Dies ist darauf zurück zu führen, dass viele Situationen derart komplex sind, dass keine privaten Personen für diese Betreuungen eingesetzt werden können. Zudem sind dieses Jahr viele Situationen im Lauf der Betreuung so schwierig geworden, dass es notwendig war, einen Wechsel von der privaten Betreuungsperson auf einen Amtsvormund oder eine Amtsvormundin vorzunehmen.

Ressourcenorientierte Sozialhilfe

Im Sozialamt wurden die Organisationsstruktur und die Zuordnung der Arbeitsschwerpunkte der beiden Abteilungen Sozialhilfe und der Abteilung Soziale Einrichtungen überprüft. Anlass für die Analyse gab der Weggang des Abteilungsleiters Soziale Einrichtungen und damit die Regelung bezüglich der Nachfolge, aber auch der Anspruch, Erkenntnisse der vergangenen Jahre zu nutzen und Synergien für die künftige Organisationsstruktur auszuschöpfen. Mit dem Ziel, die Arbeitsbereiche der Abteilung Soziale Einrichtungen stärker mit der Sozialhilfe zu vernetzen, wurden das Begleitete Wohnen, die Wohnungsverwaltung und das Haus zur Grünhalde, betreutes Wohnen und Unterkunft für Obdachlose, im Berichtsjahr den beiden Abteilungen der Sozialhilfe zugeordnet. Die Erkenntnisse früherer Jahre führten zum Entscheid, eine Spezialisierung im Bereich der Neuaufnahmen/kurzfristigen Unterstützungen und der längerdauernden Unterstützungen anzustreben.

Märkte, wie hier der Flohmarkt, gehören zum lebendigen Stadtbild von St. Gallen.

Sorgfältige und fachlich fundierte Erstabklärungen sind massgebend für die Grundlagen über die Art der Hilfe, die Bemessung der Unterstützungsleistung wie auch für den Hilfsplan in der Arbeit mit den Klientinnen und Klienten. Eine länger andauernde Bedürftigkeit beansprucht spezifische Qualifikationen für eine kontinuierliche Unterstützung zugunsten der Integration und der Begleitung in psychosozialen Problemkonstellationen. Um die dafür notwendige zeitliche Beanspruchung vermehrt einsetzen zu können, wurde die Zuständigkeit für bestimmte Aufgaben zwischen den Fachpersonen in Sozialarbeit, den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter, neu geregelt.

Die seit mehreren Jahren praktizierte Spezialisierung in der stationären Sozialhilfe und in der Unterstützung von Asylsuchenden wurde aufgrund der positiven Erfahrungen beibehalten.

Mit der Reorganisation werden diese Ziele angestrebt:

- **Noch ausgeprägtere Klientenorientierung der Anlaufstelle**
- **Klare Zuständigkeit nach innen und aussen**
- **Finanzielle Einsparungen durch umfassende Abklärungen bei Neuaufnahmen**
- **Verbesserung der Effizienz durch die Spezialisierung auf kurz- und langfristige Betreuungen**
- **Verstärkung klientenorientierter Betreuungsangebote**
- **Förderung einer einheitlichen Praxis in der Klientenarbeit**
- **Erhöhung des Zeitbudgets für die Sozialberatung bei langfristigen Unterstützungen durch Entlastung in der Sachbearbeitung.**

Integrationskonzept

Im Frühjahr 2001 legte der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat das Integrationskonzept der Stadt St. Gallen vor mit dem Ziel, das Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationalitäten nachhaltig zu verbessern. Das Integrationskonzept formuliert zehn Grundsätze, die mit sechs Projektansätzen konkretisiert werden. Bis zum Ende der laufenden Legislatur Ende des Jahres 2004 bewilligte der Grosse Gemeinderat CHF 1.141 Millionen für fünf Projekte: Information, Mediation, Koordination von Sprachkursen, Kinderintegration sowie für die Errichtung eines Integrationsfonds. Wichtige Akteure für die Umsetzung des Integrationskonzeptes der Stadt St. Gallen werden neu gebildet: ein öffentliches Integrationsforum, eine Integrationskommission und ein Integrationsbeauftragter.

Kantonalisierung des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums St. Gallen

Während Jahrzehnten führte die Stadt St. Gallen ein eigenes Arbeitsamt als Dienststelle der Verwaltung der Sozialen Dienste. Dieses erfüllte wesentliche Voraussetzungen eines eigentlichen Arbeitsvermittlungszentrums, wie sie der Kanton 1996 einführen musste. Deshalb entstand aus dem Arbeitsamt das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum St. Gallen (RAV). Gestützt auf eine Vereinbarung zwischen Regierung und Stadtrat übernahm die Stadt den Aufbau und die Führung des RAV, das offiziell am 1. September 1996 den Betrieb aufnahm. Die städtische Trägerschaft ermöglichte einen raschen, zweckmässigen Aufbau, eine enge Vernetzung mit den Dienststellen der Stadtverwaltung, den privaten Beratungsstellen und den Regionsgemeinden.

Umfeld und gesetzliche Rahmenbedingungen haben sich stark verändert. Im November 2000 hat der Stadtrat von der kantonalen Kündigung der Vereinbarung Kenntnis nehmen müssen. Das RAV ist per 1. Januar 2002 kantonalisiert worden. Die Eingliederung des RAV in die kantonale Organisation entspricht einem gesamtschweizerischen Trend. Lediglich die Städte Winterthur und Lausanne führen noch RAV.

Die Dienststelle bestand aus dem RAV, dem Arbeitsamt und der AHV-Zweigstelle. Das Arbeitsamt wurde ins RAV übergeführt und organisatorisch und finanziell ebenfalls vom Kanton übernommen. Die AHV-Zweigstelle wurde in das Abteilungssekretariat der Verwaltung der Sozialen Dienste eingegliedert.

Sozialhilfe-Unterstützungen

	2001	2000	1999	1998	1997
Unterstützungsfälle	2 407	2 498	2 412	2 168	2 084
Unterstützte Personen	4 021	4 259	4 035	3 588	3 400

AHV-/IV-/EL-Leistungen

		2001	2000	1999	1998	1997
Anzahl AHV/IV-Rentenfälle		9 416	9 310	8 577	8 182	7 968
Ausbezahlte Renten	(in CHF 1 000)	176 625	158 262	155 400	150 053	148 077
Anzahl EL-Fälle		3 173	2 955	2 899	2 718	2 520
Ausbezahlte EL	(in CHF 1 000)	63 203	53 680	49 600	49 000	44 195

Vormundschaftliche Massnahmen: Hauptamtlich, Ehrenamtlich

Massnahmenführung	2001	2000	1999	1998	1997
Hauptamtlich	807	752	702	690	698
Ehrenamtlich	496	537	541	565	581

Subventionssumme Spitex, Kinderkrippen, Stiftung Suchthilfe, Stiftung für Arbeit, Betagtenheime

	2001	2000	1999	1998	1997
Spitex	884	770	629	474	584
Kinderkrippen	1 305	1 293	1 311	1 311	1 311
Stiftung Suchthilfe	1 062	1 062	1 065	811	811
Stiftung für Arbeit	600	600	634	580	–
Betagtenheime	587	27	–	1 929	2 996

Ab 1. Januar 2002 ist die Stadt St. Gallen Teil des flächenmässig grössten Tarifverbunds der Schweiz. Der Arbeitskonflikt bei den Verkehrsbetrieben konnte mit einer Einigung beigelegt werden.

Mit dem Tarifverbund Ostschweiz (OTV), der 38 Transportunternehmungen umfasst, werden sämtliche wichtigen Pendlerströme in der Ostschweiz mit über 700 000 Einwohnern und Einwohnerinnen abgedeckt. Der Nutzen des Tarifverbundes entsteht vor allem für die weitere Region. Für die Kundschaft des Tarifverbunds St. Gallen ändert sich allerdings wenig: die bisherige Zone St. Gallen bleibt als neue Zone 10/11 in ihrer geografischen Ausdehnung unverändert, die Mehrfahrtenkarten und die Seniorenermässigungen bleiben ebenfalls bestehen.

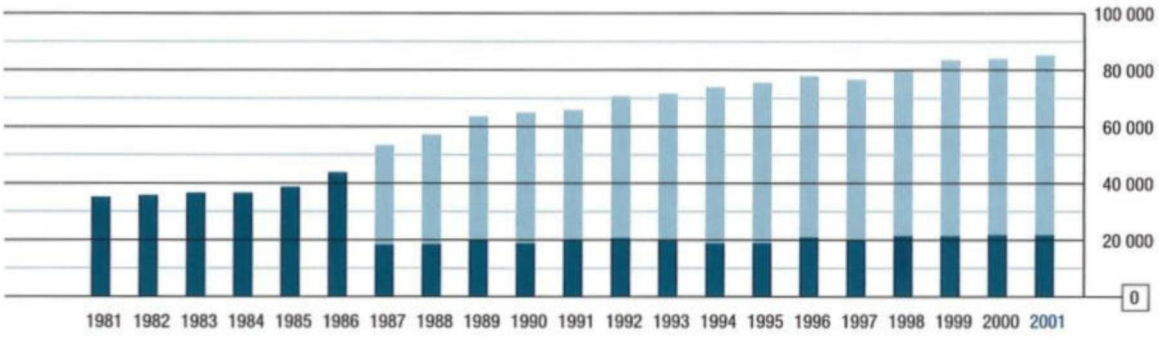
Die Stadt hat in den vergangenen Jahren durch verschiedene kostenseitige und tarifarische Massnahmen die Voraussetzungen geschaffen, dass der OTV zu finanziellen Bedingungen realisiert werden kann, die für die Besteller verträglich sind. Ein weiterer Schritt erfolgte im Herbst 2001 mit der Übertragung der Tarifkompetenz vom Parlament auf den Stadtrat. Diese Neuregelung vereinfacht das bisherige komplizierte und terminlich kaum mehr praktikable System der Tariffestsetzung erheblich und schafft die Grundlage für die geforderte Abtretung der Tarifhoheit an die Organe des Tarifverbundes. Fortan werden die Verbundtarife durch den Tarifverbundrat festgelegt, der sich aus Vertretern der öffentlichen Hand (Besteller von Verkehrsleistungen) und der Transportunternehmungen zusammensetzt.

Rechtzeitig per 1. Januar wurden auch die notwendigen Verträge zwischen den Bestellern und den Transportunternehmungen abgeschlossen. Ausserdem wurden die VBSG-Tarife im Rahmen der anstehenden gesamtschweizerischen Tarifrunde erhöht, um keine zusätzlichen Einnahmenausfälle im OTV entstehen zu lassen.

Personalkonflikt

Der seit 1998 schwelende Konflikt zwischen den Verkehrsbetrieben und den Personalverbänden konnte Ende Jahr mit einer Einigung beigelegt werden. Der Stadtrat hat durch ein Entgegenkommen bei den Nebenarbeitszeiten unterstrichen, wie bedeutend er eine Lösung für die Zukunft der VBSG beurteilt. Die VBSG werden sich nach der Lösung dieses Konfliktes wieder vermehrt wichtigen strategischen Fragen wie der Zusammenarbeit mit den Agglomerationstransportunternehmungen im Raum St. Gallen widmen können.

Verkehrsentwicklung über den Sittergraben Fz/Tag



Staatsstrasse (Bruggen)
Nationalstrasse (Sitterviadukt)

Konzeptstudie Siedlungs- und Verkehrsentwicklung St. Gallen-West

Im Gebiet St.Gallen-West bestehen massive Verkehrsprobleme. Zudem zeichnet sich eine rasante bauliche und nutzungsmässige Entwicklung ab. Die vom Kanton St.Gallen in Auftrag gegebene Konzeptstudie «Verkehrsstudie St.Gallen-West» befasst sich mit den Wechselwirkungen von Siedlung, Verkehr und Umwelt in diesem Gebiet. Die Studie stellt die Zusammenhänge dar und leitet daraus generelle Handlungsoptionen ab. Die möglichen Handlungsalternativen betreffen die künftige Verkehrspolitik, die Entscheide bezüglich Verkehrsinfrastrukturen sowie die Konsequenzen für die quantitativen und qualitativen Nutzungsentwicklungen. Die Studie zeigt die nötigen politischen Entscheidungsvarianten auf.

Altstadtrunde

Die Parkplatzfragen und das Verkehrsregime in der Altstadt sind seit Jahren und Jahrzehnten Dauerthema in der städtischen Politik. Nachdem der Stadtrat seine Vorstellungen über die weitere Verkehrsberuhigung in der Altstadt präsentiert hat, soll nun mit der «Altstadtrunde» ein neuer Weg begangen werden. Mit einem sorgfältig erarbeiteten und von allen Teilnehmenden akzeptierten Vorgehensmodell und unter der Leitung von zwei Mediatoren wird in einem konsensbildenden Prozess versucht, für den südlichen Altstadtteil eine allseits akzeptierte Gesamtlösung aufzuzeigen, die nur aus Kompromissen aller Beteiligten in Teilbereichen bestehen kann. Die Ergebnisse dieser «Altstadtrunde» sollten 2002 vorliegen.

Anzahl Fahrgäste der VBSG pro Tag

2001	2000	1999
60 500	60 800	60 800

9 VERSORGUNG

Die Energiemarktöffnung nahm im Versorgungsbereich 2001 eine dominierende Stellung ein. Auf politischer Ebene befasste sich eine parlamentarische Spezialkommission mit der Ausgliederung der Sankt Galler Stadtwerke (sgsw) aus der Stadtverwaltung. Stadtwerk intern lag der Fokus auf der Entwicklung eines Managementinformationssystems (MIS). In Ergänzung zum Geografischen Informationssystem (GIS) der Stadt wird ein Netzinformationssystem (NIS) errichtet.

In der parlamentarischen Spezialkommission herrschte über alle Parteien hinweg Einigkeit darüber, dass den sgsw mehr Flexibilität gewährt werden muss, damit sie sich als städtische und regionale Versorgungsunternehmung auch im sich öffnenden Energiemarkt erfolgreich behaupten können. Im Rahmen der laufenden Detailberatung werden derzeit politisch kontroverse Fragen, wie das Eigentum an der Netz- und Anlageninfrastruktur, nochmals fundiert geprüft. Betreffend den zeitlichen Fahrplan hat der Stadtrat entschieden, dass die kommunale Abstimmung über die Ausgliederung der Stadtwerke erst nach der eidgenössischen Volksabstimmung über das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) erfolgen soll. In Fachkreisen wird erwartet, dass die EMG-Abstimmung vom Bundesrat auf den 22. September 2002 angesetzt wird. Dann werden auch die definitiven Eckpunkte der umstrittenen Verordnung zum eidgenössischen Elektrizitätsmarktgesetz (EMV) vorliegen. Die heutige Fassung der Verordnung wird in Fachkreisen als wenig tauglich erachtet, einen generationengerechten Netzunterhalt und damit die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Massgebend für den konkreten Abstimmungsfahrplan des städtischen Ausgliederungsprojektes werden allerdings die Diskussionen und der Volksentscheid zum EMG sein. Die Spezialkommission wird ihre Detailberatung vorantreiben und abschliessen, denn ungeachtet des Ausgangs der EMG-Abstimmung hat sich das Liberalisierungstempo im europäischen Umfeld verschärft, und auch in der Schweiz ist vor allem das Segment der Grosskunden zunehmend umkämpft.

Managementinformationssystem

Die sgsw bereiten sich auch intern auf den zunehmenden Wettbewerbsdruck im liberalisierten Energiemarkt vor. Mit organisatorischen Massnahmen, Effizienzsteigerungsprogrammen, Prozessanalysen und dem Aufbau eines Managementinformationssystems (MIS) beabsichtigen sie, ihre Effektivität und Effizienz zu steigern und die Marktorientierung der Unternehmung zu verstärken. Mit dem MIS wird ein System aufgebaut, das allen Entscheidungsträgern die notwendigen Informationen für eine zielgerichtete Planung und die notwendigen steuernden Eingriffe im strategischen und operativen Führungsprozess liefert. Als erste Module des MIS wurden jene des Rechnungswesens ersetzt, wobei eine moderne Kosten-/Leistungsrechnung eingeführt und das Personal- und Lohnwesen organisatorisch verselbständigt wurden. Weitere zentrale Module, darunter eine neue Energie- und Wasserverrechnung mit Kundeninformationssystem, werden im Laufe des Jahres 2002 realisiert.

Netzinformationssystem

Nach einer rund zweijährigen Pilotphase bewilligte der Grosse Gemeinderat im Herbst Kredite von gut CHF 3.4 Mio. für den Aufbau eines geografischen Netzinformationssystems in der Erdgas- und Wasserversorgung und der Stadtentwässerung. Mit dieser Investition können die wertvollen Daten der städtischen Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen nachhaltig gesichert, für moderne Kommunikationsformen verfügbar gemacht und polylateral eingesetzt werden. Die Planung und Baukoordination und damit der Einsatz des städtischen Sanierungsfrankens werden weiter optimiert. Im Jahr 2002 wird das System in diesen Bereichen aufgebaut und mit der Erstdatenerfassung gestartet. Im Bereich Stromversorgung wird der Aufbau des Systems vorbereitet.

	2001	2000	1999
Wasserverbrauch pro Kopf und Jahr (l)	88 100	90 000	90 000
Stromverbrauch pro Kopf und Jahr (kWh)	6 270	6 039	5 969

Bevölkerung:	70 019
Wasserverbrauch (verrechnete Verkaufsmenge):	6 167 498 m³*
Stromverbrauch (verrechnete Verkaufsmenge):	439 068 722 kWh*

* Werte für das hydrologische Jahr 2000/2001

10 ENTSORGUNG

Nach zehnjähriger Arbeit konnte der Generelle Entwässerungsplan (GEP) der Stadt fertiggestellt werden. Fertig gebaut ist auch die neue Druckleitung entlang der Sitter von der aufzuhebenden ARA Hätterenwald zur ARA Au. Als erste städtische Dienststelle ist das Entsorgungsamt ISO-zertifiziert.

Am 1. Januar 2000 hat der Bund ein Deponieverbot für Siedlungsabfälle in Kraft gesetzt. Seither sind die inländischen Kehrichtverbrennungsanlagen (KVA) wegen steigender Kehrichtmengen ausgelastet. Die Anliefermengen an die KVA St. Gallen haben sich auf rund 75000 Tonnen erhöht. Gleichzeitig ist die Verbrennungskapazität der Anlage gesunken, weil weniger Material mit tiefem Heizwert, vor allem weniger Klärschlamm, zugeführt wird. Weil auch die Zwischenlager für Ballen aus Industrie- und Gewerbeabfällen voll sind, mussten Abfälle aus der KVA-Region St. Gallen an den Zweckverband Abfallverwertung Bazenheid (ZAB) zur Verbrennung weitergeleitet werden. Diese gegenseitige Hilfe ist Teil einer erweiterten Zusammenarbeit der benachbarten KVA-Regionen St. Gallen, Bazenheid und Weinfelden. In den kommenden Jahren müssen jährlich zwischen 3 000 und 5 000 Tonnen Abfälle aus St. Gallen an den ZAB weitergeleitet werden.

Abschluss Genereller Entwässerungsplan

Nach über zehnjähriger Arbeit ist der Generelle Entwässerungsplan fertiggestellt. Oberstes Ziel ist der Schutz der Gewässer vor nachteiligen Auswirkungen durch menschliche Einflüsse. Der GEP zeigt notwendige technische Massnahmen im Bereich der Kanalisation und der Liegenschaftsentwässerung. Um die Gewässer qualitativ zu verbessern, wird primär angestrebt, verschmutztes und unverschmutztes Abwasser getrennt abzuleiten. Voraussetzung: Es muss technisch machbar und finanziell tragbar sein. Für unverschmutztes Abwasser sollen bestehende Versickerungsmöglichkeiten konsequent genutzt werden. So reduziert sich der Fremdwasseranteil in der Kanalisation, und zu häufig anspringende Hochwasserentlastungen können aufgehoben werden. Der GEP stellt eine optimale Nutzung der vorhandenen Abflusskapazitäten in Kanälen und Bächen sicher und erhöht damit die Gewässerqualität.

Abwasserreinigung

Von Mitte Mai bis Mitte November wurde entlang der Sitter eine gut drei Kilometer lange Verbindungsleitung zwischen der ARA Hätterenwald und der ARA Au gebaut. Anfang 2003 wird die Kläranlage Hätterenwald stillgelegt und das Abwasser in der neuen Druckleitung in die ARA Au gepumpt; diese wird derzeit saniert und erweitert. Für die Bauarbeiten im empfindlichen Ökosystem der Sitterlandschaft mussten verschärfte Umweltauflagen beachtet werden. Im nächsten Frühling wird auf dem Areal der ARA Hätterenwald das geplante Pumpwerk gebaut. Danach kann das Abwasser in die ARA Au geleitet werden.

ISO-Zertifikat

Im März 2001 wurde das städtische Entsorgungsamt mit seinen Betrieben in den Bereichen des Qualitäts- und Umweltmanagements nach den ISO-Normen 9001 und 14001 zertifiziert. Das ESA verpflichtet sich damit, seine Leistungen und Aktivitäten systematisch zu planen, weiter zu entwickeln und permanent zu verbessern. Ins zertifizierte Managementsystem integriert und umgesetzt wurden auch die Richtlinien der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS-Richtlinien).

Hauskehrrichtmenge pro Kopf und Jahr (kg)	2001	2000	1999
	242	247	244

Wertstoffmenge pro Kopf und Jahr (kg)	2001	2000	1999
Altglas	28	28	26
Papier / Karton	87	90	88
Weissblech/Alu	1.6	1.5	1.4

11 VERWALTUNG

Die Modernisierung der Stadtverwaltung, die Renovierung des Rathauses, die Volkszählung und die Veränderungen im Zivilstandswesen waren Themen des Jahres 2001.

Unter dem Titel «Die Modernisierung der Stadtverwaltung» wurde im vergangenen Jahr ein Bericht verabschiedet, in dem der st.gallische Weg zur modernen Verwaltung dargestellt wird. In den letzten Jahrzehnten hat sich die Stadtverwaltung laufend den politisch, gesellschaftlich und technologisch veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Anregungen aus Betriebswirtschaft und Managementlehren wurden soweit übernommen, als sie erfolgversprechend waren und den Anforderungen des Rechtsstaates genügten. Durch die Nähe zur wirtschaftlich ausgerichteten Universität fanden viele Ideen der Betriebswirtschaft zu einem sehr frühen Zeitpunkt Eingang in die Stadtverwaltung. Deshalb wurde der Handlungsbedarf Mitte der 90er Jahre, als die internationale Debatte zum New Public Management (NPM) auch in der Schweiz aufgenommen wurde, vom Stadtrat als wesentlich geringer beurteilt, als dies die zuständigen Behörden und Verwaltungen in anderen Städten taten. In einer wirtschaftlich und finanzpolitisch sehr schwierigen Zeit wurde die Lösung in St. Gallen nicht primär in neuen Modellen, sondern in der Verbesserung bestehender Instrumente, in ihrer gezielten Ergänzung und in der konsequenten Umsetzung gesucht. In diesen Prozess der stetigen Verbesserungen wurden auch die Vorschläge des NPM bzw. der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV) aufgenommen. Einige dieser Ideen waren in der Stadt St. Gallen bereits ganz oder teilweise verwirklicht, die Einführung anderer erwies sich als zweckmässig und sinnvoll, andere wiederum wurden als weniger durchdacht beurteilt. Entsprechend dieser differenzierten Analyse wurden und werden die Vorschläge der WOV in der Verwaltungspraxis der Stadt St. Gallen dort umgesetzt, wo sie bestehende Defizite gezielt beheben können.

«Goldfinger» für das Rathaus

Das Rathaus repräsentiert den Zeitgeist der 70er Jahre. Nach 25 Jahren ist eine bauliche Sanierung notwendig geworden. Die sichtbar trüb gewordenen Fassaden, die Haustechnik und die Energiesysteme sind zu erneuern, die Bürgerfreundlichkeit, die Arbeitsbedingungen und die Nutzungsmöglichkeiten müssen verbessert werden. Geprüft wird auch eine mögliche Aufstockung um drei Geschosse. Für diese anspruchsvolle Aufgabe wurde ein öffentlicher Studienauftrag ausgeschrieben. Das Beurteilungsgremium empfahl im September 2001 das Projekt «Goldfinger» zur Weiterbearbeitung. Mit gezielten und nuancierten Veränderungen werden städtebauliche und betriebliche Verbesserungen erreicht. Die neuen Fassaden basieren auf dem bisherigen Erscheinungsbild, sie lassen aber den Hochbau schlanker und städtischer erscheinen. «Goldfinger» wird nun in der Projektierung weiterbearbeitet und optimiert. Der Grosse Gemeinderat und die Bürgerschaft werden schliesslich über die Realisierung entscheiden.

Volkszählung 2000

Die Volkszählung wird alle zehn Jahre durchgeführt; letztmals am 5. Dezember 2000. Als einzigartige Erhebung liefert sie eine Fülle von Informationen. Deren Nutzung trägt wesentlich dazu bei, die soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes in ihren regionalen, nationalen und internationalen Dimensionen zu verstehen. Die Resultate werden der gesamten Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

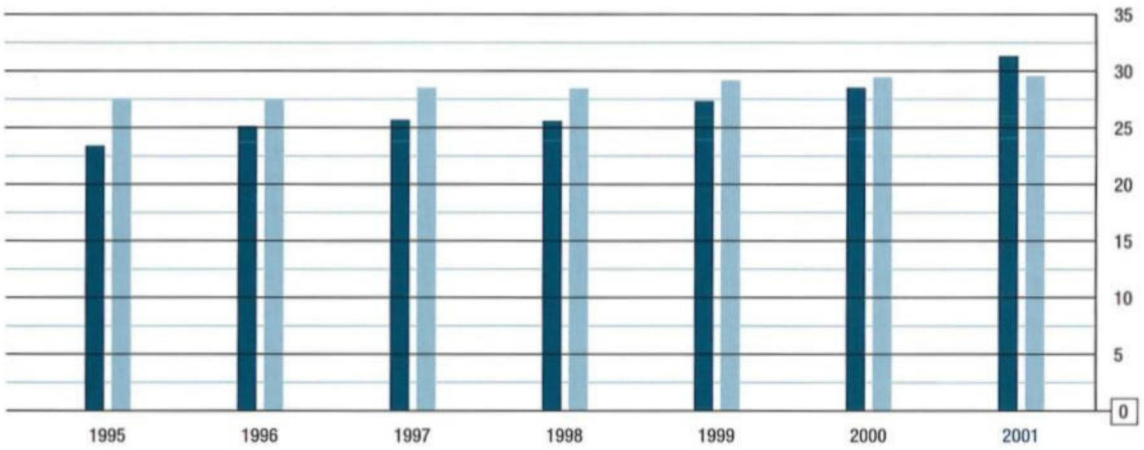
Die Daten dienen Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Forschung als unentbehrliche Planungs- und Entscheidungshilfe.

Personalbestand (Anzahl Personaleinheiten zu 100% Beschäftigung)

	Allgemeine Verwaltung	Betriebe	Lehrkräfte
1995	1 064.4	467.6	710.6
1996	1 062.5	466.5	735.8
1997	1 047.7	457.8	731.1
1998	1 050.7	450.6	743.1
1999	1 033.0	433.0	743.8
2000	1 020.6	418.5	752.9
2001	1 038.5	411.5	786.5

Personalstruktur (Beschäftigte Personen; ohne Lehrkräfte)

	Teilzeitbeschäftigte Anteil in %	Frauen Anteil in %
1995	23.5	27.4
1996	25.1	27.8
1997	25.8	28.7
1998	25.7	28.6
1999	27.5	29.1
2000	28.7	29.5
2001	31.0	29.6



Bei der Volkszählung 2000 wurden erstmals die Fragebogen mit den Angaben aus dem Einwohnerregister vorbedruckt und per Post an die Einwohnerinnen und Einwohner versandt. Routinearbeiten wie Mailmanagement und Mahnwesen konnten an ein nationales Dienstleistungszentrum delegiert werden, was im Vergleich zu 1990 zu Kosteneinsparungen von rund CHF 100 000 führte. Die Stadtverwaltung hatte noch die sog. «Restfälle» zu bearbeiten. Dabei handelte es sich um Personen, die den Fragebogen trotz mehrmaliger Kontaktversuche nicht zurückgesandt haben. 1295 Personen- und 628 Gebäudefragebogen waren in einem aufwändigen, mehrstufigen Verfahren zu bearbeiten. Die Arbeiten sind im November 2001 abgeschlossen worden. Erste Resultate der Volkszählung 2000 werden im Jahr 2002 erwartet. Mit der Harmonisierung des Einwohnerregisters werden bereits Vorarbeiten für die Volkszählung 2010 geleistet.

Regionale Zusammenarbeit im Zivilstandswesen

Der Bundesrat hat mit der Änderung der Eidgenössischen Zivilstandsverordnung per 1. Januar 2002 den minimalen Beschäftigungsgrad für zivilstandsamtliche Tätigkeiten auf 40 Prozent festgelegt. Zielsetzung war es, einen fachlich zuverlässigen Vollzug zu gewährleisten. Denn immer mehr hatte es sich gezeigt, dass die steigenden Anforderungen im Zivilstandswesen von nebenamtlich tätigen Zivilstandsbeamtinnen und -beamten mit geringem Beschäftigungsgrad nicht mehr angemessen erfüllt werden konnten. Die Vorschriften zum Beschäftigungsgrad machen Änderungen der bisherigen Zivilstandskreise notwendig. Eine von der Kantonsregierung gebildete Projektgruppe hat den heutigen Beschäftigungsgrad der Zivilstandsämter ermittelt. Die Regierung überlässt es den politischen Gemeinden, wie sie die Umsetzung der Reorganisation wahrnehmen wollen.

Die Stadt St. Gallen hat verschiedenen umliegenden Gemeinden eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zivilstandswesens angeboten. Die politische Gemeinde Eggersriet war an einer raschen Umsetzung interessiert. Seit 1. April 2001 wird das Zivilstandsamt Eggersriet in St. Gallen geführt, wobei Trauungen auf Wunsch nach wie vor in Eggersriet stattfinden können.

12 FINANZEN

Die Stadt strebt mittelfristig eine Reduktion des Steuerfusses an. Voraussetzungen dazu sind ein Verschuldungsabbau und eine bessere Abgeltung der zentralörtlichen Leistungen. Wichtige Zwischenziele sind 2001 erreicht worden.

Der städtische Haushalt befindet sich auf Zielkurs: Bei einem Überschuss in der Laufenden Rechnung von CHF 6.3 Millionen konnte die Verschuldung um CHF 16.1 Millionen abgebaut werden. Der Hintergrund: Nicht alle geplanten Investitionen wurden realisiert, und unerwartete Mehreinnahmen haben zu einer deutlichen Verbesserung in der Laufenden Rechnung geführt.

Erneut fielen die Steuern der juristischen Personen und die Buchgewinne deutlich höher aus als budgetiert. Mit diesem Ergebnis hat der städtische Haushalt ein wichtiges Zwischenziel erreicht: Ein deutlicher Verschuldungsabbau ist eine der Voraussetzungen, damit mittelfristig auch eine Reduktion des Steuerfusses ins Auge gefasst werden kann. Eine weitere Voraussetzung ist jedoch eine bessere Abgeltung der zugunsten der ganzen Region erbrachten zentralörtlichen Leistungen und der Soziallasten.

Die Zentrumslasten der Stadt

Ein externes Büro hat zur Erhärtung der seit Jahren geforderten besseren Abgeltung zentralörtlicher Leistungen die Zentrumslasten der Stadt ermittelt. Diese umfassen einerseits die zentralörtlichen Leistungen zugunsten anderer Gemeinden. Auf den Gebieten von Kultur, Sport, Sicherheit und dem Privatverkehr erbringt die Stadt Leistungen in der Grössenordnung von rund CHF 30 Millionen. Andererseits hat sie – wie andere Städte auch – überdurchschnittliche soziodemografische Lasten: Arme, Arbeitslose, Ausgesteuerte ziehen in die Stadt. Dies führt dazu, dass sie einen weit überproportionalen Anteil der Sozialhilfeausgaben zu tragen hat. Die Studie ermittelt in diesem Bereich einen Abgeltungsbedarf von rund CHF 8 Millionen. Selbst wenn die Standortvorteile, die von anderen Gemeinden erbrachten Leistungen und die bisherigen Abgeltungen mitberücksichtigt werden, so muss es das Ziel bleiben, zusätzliche Abgeltungen in der Höhe von mehreren Millionen zu erhalten. Die Voraussetzungen dafür werden sich mit dem verstärkten Engagement des Bundes in der Agglomerationspolitik und dem neuen Finanzausgleich auf Bundes- und auf Kantonsebene markant verbessern. Die Erwartung ist deshalb berechtigt, dass – auch dies ein Legislaturziel – der Steuerfuss mittelfristig auf den kantonalen Durchschnitt gesenkt werden kann.

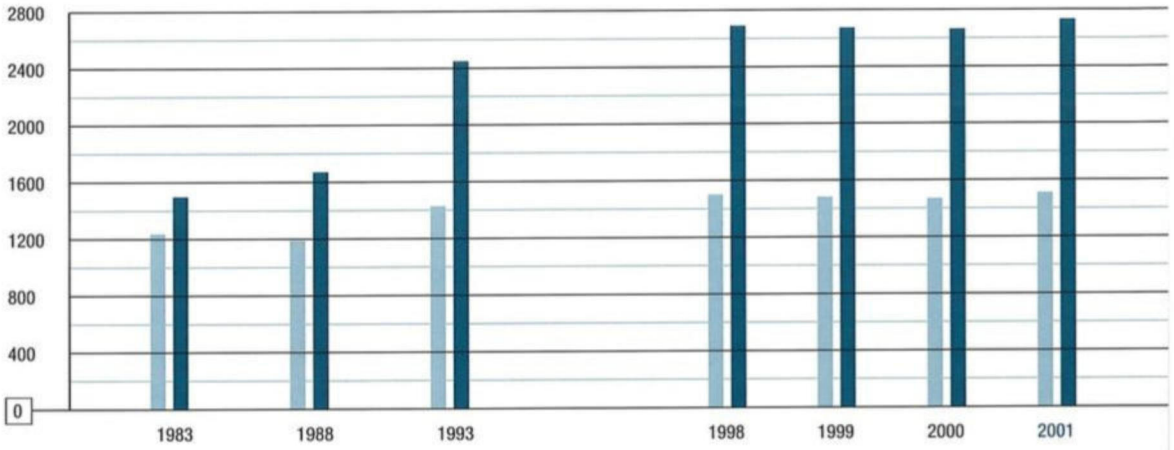
Nettoaufwand pro Kopf im Bereich der zentralörtlichen und soziodemografischen Lasten 1999 (in CHF)

	St. Gallen	Durchschnitt aller Gemeinden des Kanton St. Gallen
Sicherheit	116.0	45.0
Kultur, Freizeit	297.3	106.4
Verkehr	428.8	224.7
Soziale Wohlfahrt	500.5	321.6

Quelle: St. Galler Gemeindefinanzen 1999

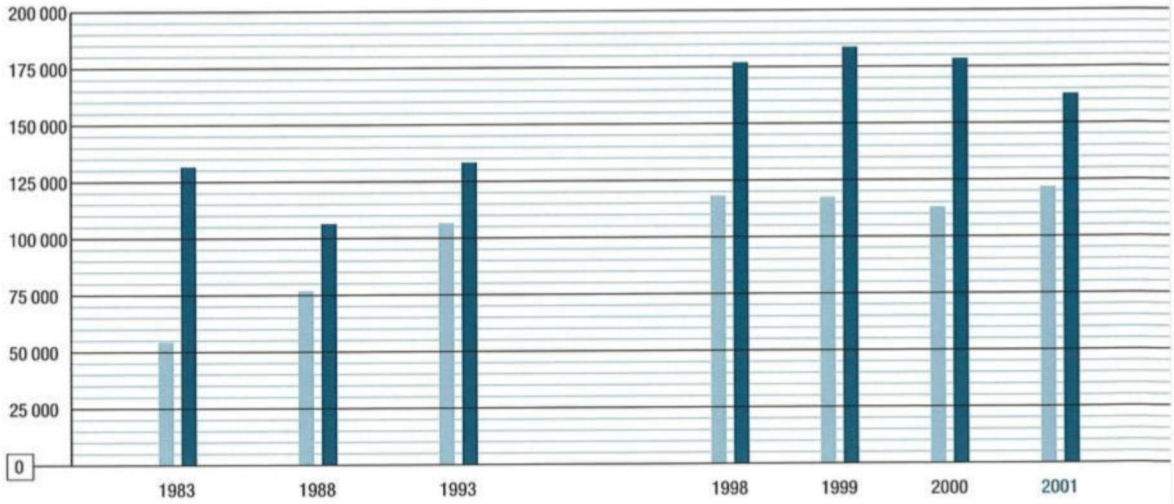
Steuerertrag pro Kopf (in CHF)

	2001	2000	1999	1998	1993	1988	1983
Steuerertrag pro Kopf (nominell)	2 787	2 685	2 687	2 705	2 436	1 661	1 526
Steuerertrag pro Kopf (real)	1 514	1 473	1 497	1 519	1 423	1 200	1 222
Steuerfuss	159	159	159	159	159	151	167



Verschuldung einfacher Steuerertrag (in CHF)

		2001	2000	1999	1998	1993	1988	1983
Verschuldung	(in CHF 1 000)	163 190	179 272	184 362	177 470	134 712	106 135	131 758
Einfacher Steuertrag	(in CHF 1 000)	123 060	118 516	118 874	119 338	111 612	77 617	65 001



Die Ozon-Belastung in den Sommermonaten bleibt ein zentrales Thema im Immissionsschutz. Bei der Nachhaltigen Stadtentwicklung stehen pragmatische Lösungsansätze und dezentrale Verantwortung im Vordergrund.

In den Sommermonaten wurden auch dieses Jahr erhebliche Grenzwertüberschreitungen bei der Ozonbelastung registriert. Diese Tatsache bestätigt die Erkenntnisse der vergangenen Jahre: Das Problem des sogenannten Sommersmogs wird trotz aller Fortschritte zur Verminderung von Luftschadstoff-Emissionen auch in den kommenden Jahren beschäftigen. Die Katalysatortechnik bei Personenwagen, der EURO-2-Standard für Dieselbusse und emissionsbegrenzende Massnahmen bei Heizungs- und Verbrennungsanlagen haben zwar zu einer namhaften Reduktion der NOx-Emissionen auf Stadtgebiet geführt, die Immissionssituation beim Ozon wurde aber dadurch nicht nachhaltig verbessert.

Sommersmog ist keine lokale Erscheinung, sondern ein Problem, unter dem ganz Mitteleuropa leidet. Es braucht deshalb koordinierte internationale Anstrengungen. Experten schätzen, dass eine Reduktion von weiteren 60 % bei den Stickoxiden nötig ist, damit die Ozongrenzwerte eingehalten werden können. Das massgebende Reduktionspotenzial liegt primär beim Schwerverkehr und im Offroad-Bereich, die zur Zeit zu 40 % für die NOx-Emissionen, den wichtigsten Vorläuferstoff für die Bildung von Ozon, verantwortlich sind. Der Hauptteil dieser Emissionen auf Stadtgebiet entsteht auf der Stadtautobahn und auf den Staatsstrassen. Entsprechende Massnahmen – z.B. das Geschwindigkeitsregime – sind allerdings im Zuständigkeitsbereich von Bund und Kanton; direkte städtische Einflussmöglichkeiten sind deshalb begrenzt. Umso wichtiger ist eine aktive und stetige Informationsarbeit, welche die Bevölkerung für ein situationsgerechtes Verhalten während der Sommersmog-Monate sensibilisiert. Informationen über die aktuelle Belastungssituation können im Internet unter www.ostluft.ch abgerufen werden.

Nachhaltige Entwicklung

Hohe Eigenverantwortung der Dienststellen, wirkungsorientierte und auf Langfristigkeit ausgerichtete Massnahmenschwerpunkte, die Fokussierung auf inhaltliche Fragen und der Einsatz bestehender Planungsinstrumente sind die Eckpfeiler auf dem Weg zu einer erfolgreichen nachhaltigen Stadtentwicklung. Wichtig ist auch, dass die Anliegen der nachhaltigen Entwicklung innerhalb der Stadtverwaltung breiter abgestützt werden, denn neben den ökologischen müssen auch die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte der Nachhaltigkeit gleich gewichtet sein. Nachhaltiges Handeln muss deshalb stärker über die Grenzen der Dienststellen und Verwaltungsabteilungen hinaus koordiniert und abgestimmt werden. Erste Lösungsansätze wurden verwaltungsintern bereits andiskutiert. Schliesslich ist ein adäquates Monitoring aufzubauen, um die Nachhaltigkeit in den Verwaltungsbereichen auch beurteilen zu können. In zahlreichen Dienststellen sind solche Indikatorensysteme bereits vorhanden oder in Entwicklung. Wichtige Impulse werden diesbezüglich auch von der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002 des Bundes erwartet. Neben diesen eher konzeptionellen Überlegungen wurde mit der Zukunftswerkstatt im Quartier Lachen/Vonwil ein konkretes verwaltungsübergreifendes Projekt lanciert, das eine aktive Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner an der Zukunftsgestaltung im Quartier und in der Gemeinde zum Ziel hat.

Messort Volksbadstrasse (Stickstoffdioxid NO_2)

	2001	2000	1999	1998	1997	1996	1995
NO_2 in µ/m³ (Grenzwert 30 µg/m³)	31	36	34	28	37	36	36
Ozon (O_3)	250	281	169	184	134	95	183

Zahl der Stundengrenzwert-Überschreitungen (120 µg / m³)

Das Stimmvolk hat im vergangenen Jahr zwei Referenden abgelehnt. Es stimmte für das Erschliessungsprojekt «Watt» und für den Verkauf von Liegenschaften für ein Kongresszentrum beim Hotel Einstein. Die städtische Gallusfeier erhielt ein neues, moderneres Konzept.

Mit der Legislatur 2001 bis 2004 hat die Amtsdauer des am 27. August 2000 in neuer Zusammensetzung gewählten Grossen Gemeinderates begonnen. 18 neue Mitglieder kamen in das 63-köpfige Stadtparlament. Im Verlaufe des ersten Amtsjahres folgten nach Rücktritten drei weitere neue Mitglieder, so dass sich das Parlament innert Jahresfrist zu einem Drittel erneuert hat.

Wichtige Geschäfte im Grossen Gemeinderat

Mit dem Geschäftsbericht 2000 nahm der Grosse Gemeinderat von den Legislaturzielen des Stadtrates 2001 bis 2004 Kenntnis.

Unterbreitet wurde dem Grossen Gemeinderat auch das Integrationskonzept der Stadt St. Gallen, welches das Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationalitäten nachhaltig verbessern will. Bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode bewilligte er CHF 1.141 Millionen für Integrationsprojekte. Dazu gehören Information, Mediation, Koordination von Sprachkursen und Kinderintegration, die Errichtung eines Integrationsfonds und die Besetzung der Stelle eines Integrationsbeauftragten, der u.a. öffentliche Integrationsforen organisieren und eine Integrationskommission administrativ unterstützen wird.

Der Grosse Gemeinderat beschloss ein neues Subventionierungssystem für Kinderkrippen mit einer Objekt- und einer Subjektfinanzierung.

Für den Aufbau eines geographischen Netzinformationssystems (GIS / NIS) bzw. für die Systembeschaffung und die Erstdatenerfassung in den Bereichen Erdgas- und Wasserversorgung sowie Gewässerschutz bewilligte der Grosse Gemeinderat CHF 3.344 Millionen.

Der Bericht des Stadtrates zur Modernisierung der Stadtverwaltung bzw. zum St. Galler Weg der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung WOV wurde diskutiert und zur Kenntnis genommen.

Am Ende des Jahres 2001 stimmte der Grosse Gemeinderat dem Beitritt zum Ostschweizer Tarifverbund Ostwind zu, der auf Anfang 2002 in Kraft tritt.

Mit dem Instrument des Rahmenkredites für Werkleitungserneuerungen und Strassensanierungen konnte das Parlament von unbestrittenen Routinegeschäften entlastet werden.

Initiativen / Referenden

Am 4. März 2001 wurde über die beiden Referenden gegen das Erschliessungsprojekt für die Überbauung «Watt» und gegen den Verkauf von Liegenschaften für ein Kongresszentrum des Hotels Einstein abgestimmt. Die beiden Referenden wurden vom Stimmvolk nicht unterstützt: Das Erschliessungsprojekt «Watt» wurde mit 58% Ja-Stimmen gutgeheissen, der Verkauf von Liegenschaften für ein Kongresszentrum des Hotels Einstein mit 75% Ja-Stimmen.

Ausserdem kam eine Initiative zustande, die verlangt, die städtische Kehrichtabfuhr habe in der ganzen Stadt St. Gallen wieder zwei Mal wöchentlich zu erfolgen.

Veranstaltungen

Die Stadt St. Gallen unterstützt zahlreiche kulturelle, sportliche und andere Anlässe mit finanziellen Beiträgen oder Sachleistungen. Sie überlässt aber die Initiative Privaten und organisiert selbst in der Regel keine Veranstaltungen. Ausnahmen sind traditionellerweise das Kinderfest, die Verleihungen des städtischen Kulturpreises, die Gallusfeier, die 1. August-Feier, die «St. Galler Party» für Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger und der Jungbürgerinnen- und Jungbürgertag. Bei all diesen Veranstaltungen zeichnet die Stadt allein verantwortlich oder organisiert mit.

Neuorientierung bei der städtischen Gallusfeier

Die jeweils am Gallustag vom 16. Oktober stattfindende Gallusfeier dient seit ihrer ersten Durchführung 1951 «der Besinnung auf die Ursprünge der Stadt St. Gallen und der Stärkung der Stadtgemeinschaft über die Grenzen von Nationalitäten, Konfessionen und Politik hinweg». Die breite Trägerschaft hat für die Durchführung 2001 beschlossen, das Konzept nach fünfzig Jahren leicht anzupassen. Die Gallusfeier wird thematisch geöffnet: Nicht mehr ausschliesslich mittelalterliche Geschichte soll im Vordergrund stehen, sondern auch modernere Themen mit Bezug zur Stadtgeschichte. Musik oder bildliche Darstellungen sollen aufgewertet werden und nicht mehr nur kleine Umrahmung eines Wortvortrages sein.

Die Gallusfeier findet neu um 18.30 Uhr statt. Schliesslich klingt die Gallusfeier als weitere Neuerung mit einem Apéro aus.

Parlamentarische Vorstösse:
gemäss Eingang

	2001	2000	1999	1998	1997
Motionen	6	4	3	3	7
Postulate	10	7	14	6	5
Interpellationen	21	34	15	15	17
Einfache Anfragen	25	33	42	21	31

Fotohinweis

Regina Kühne